

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 24. November 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Althammer (CDU/CSU)	68, 69	Dr. Hupka (CDU/CSU)	6, 67
Austermann (CDU/CSU)	31, 32	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	20, 21
Berschkeit (SPD)	50, 51	Kirschner (SPD)	36, 37
Bindig (SPD)	19	Dr. Klejdzinski (SPD)	38
Buckpesch (SPD)	52, 53	Krizsan (DIE GRÜNEN)	15
Catenhusen (SPD)	29, 30	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	46, 47
Dr. Czaja (CDU/CSU)	70	Linsmeier (CDU/CSU)	45
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	66	Löffler (SPD)	48, 49
Dolata (CDU/CSU)	5	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	3, 4
Egert (SPD)	73, 74	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	1, 2
Dr. Faltlhauser (CDU/CSU)	41, 42	Frau Potthast (DIE GRÜNEN)	77, 78
Dr. Feldmann (FDP)	64	Reuschenbach (SPD)	13, 14
Fischer (Osthofen) (SPD)	22	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	40, 72
Frau Geiger (CDU/CSU)	56, 57	Dr. Schmude (SPD)	17, 18
Gilges (SPD)	27, 28	von Schmude (CDU/CSU)	62, 63
Dr. Göhner (CDU/CSU)	54, 55	Sielaff (SPD)	76, 77
Grünbeck (FDP)	25, 26	Dr. Soell (SPD)	11, 12
Dr. Hauchler (SPD)	16, 65	Dr. Sperling (SPD)	7, 8
Hedrich (CDU/CSU)	39, 71	Frau Steinhauer (SPD)	43, 44
Heyenn (SPD)	34, 35	Stutzer (CDU/CSU)	23, 24
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	60, 61	Verheugen (SPD)	9, 10
Hinsken (CDU/CSU)	58, 59	Würtz (SPD)	33

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
Welche Gründe haben den Bundesminister der Justiz veranlaßt, in einer Presseerklärung vom 14. November 1983 eine mögliche Gesetzesinitiative von Unionsabgeordneten als „eine Demontage des § 218 durch die Hintertür“ zu bezeichnen, obwohl einzig und allein eine Änderung der Krankenversicherung vorgeschlagen wird, um Beitragszahler aus dem Gewissenskonflikt zu lösen, mit ihren Krankenkassenbeiträgen nichtmedizinisch indizierte Abtreibungen zu finanzieren?
2. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
Meint der Bundesminister der Justiz in seiner veröffentlichten Erklärung wirklich, es werde der Rechtsfriede gestört, wenn man sich nicht damit abfinden will, daß bei uns rund 200 000 Abtreibungen jährlich von den öffentlichen Krankenkassen finanziert werden, oder hält der Bundesminister der Justiz die Hinnahme der Tötung von 200 000 werdenden Kindern für ein Zeichen von Rechtsfrieden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU)
Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch bei den Steuern, die dem Bund zustehen, die steuerlichen Vergünstigungen und Finanzhilfen (Subventionswirkung) für die Unternehmensgruppe „Neue Heimat“ im Geschäftsjahr 1982 waren, in dem der Gesamtverlust des Baukonzerns über DM 700 Millionen betrug, nämlich für die gemeinnützigen Bereiche ein Verlust von DM 269 Millionen und für den Bereich „Städtebau“ ein Verlust von DM 439 Millionen (siehe „Handelsblatt“ vom 4. November 1983)?
4. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU)
Um welche Steuer- und Finanzhilfen geht es dabei im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

5. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)
Trifft die in der Fernsehsendung „ARD-Ratgeber“ am 5. November 1983 vermittelte Information zu, wonach ein Treffen zwischen Westdeutschen und Einwohnern der DDR auf Rastplätzen der Transitautobahn lediglich zum Zwecke eines persönlichen Wiedersehens und Gesprächs nicht gestattet ist, auch dann nicht, wenn keine Geschenke ausgetauscht werden, und befindet sich diese Auskunft des Mitarbeiters einer DDR-Behörde in Übereinstimmung mit dem Transit-Abkommen?

6. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Inwieweit kommt die Bundesregierung in ihrem „Informationsangebot zur deutschen Frage“ dem im Grundgesetz verankerten Währungsgebot der nationalen und staatlichen Einheit und dem im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 wiederholten Auftrag, „den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten“, nach?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

7. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von Wohnungsbauminister Dr. Schneider am 22. Oktober 1983 in München geäußerte Auffassung, daß der vorhandene Sozialwohnungsbestand als Versorgungsreserve erhalten werden soll, oder teilt die Bundesregierung die von Wohnungsbauminister Dr. Schneider am 25. Oktober 1983 in München geäußerte Auffassung, daß auch im Sozialwohnungsbestand das Kostenmietenprinzip aufgelockert werden soll zugunsten einer stärkeren Marktorientierung der sozialen Mieten?
8. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die am 25. Oktober 1983 von Wohnungsbauminister Dr. Schneider in München geäußerte Auffassung, daß der Wohnungsneubau künftig grundsätzlich den Marktkräften überlassen werden soll, oder die vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jahn am 4. November 1983 in Hamburg vertretene Auffassung, daß die Mittel für den Neubau von Sozialwohnungen nicht gekürzt werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

9. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Bleibt die Bundesregierung auch nach der Reise einer von ihr entsandten Delegation zur Evaluierung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Namibia bei ihrer bisherigen Haltung, keine staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia vor der Unabhängigkeit des Landes zu betreiben?
10. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- In welcher Weise stellen ins Auge gefaßte Projektformen und Projektträger sicher, daß entsprechend dem Namibiaplan der Vereinten Nationen alle relevanten politischen Kräfte des Landes angemessen am Unabhängigkeitsprozeß Namibias und der politischen Willensbildung beteiligt sein müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist die Bundesregierung über die Gründe informiert, die den Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn dazu brachten, den Abdruck des für die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung „Das Parlament“ bestellten Beitrags von Professor Dr. Theodor Ebert (Berlin) zum Thema „Ziviler Ungehorsam — eine soziale Erfindung der Demokratie“ zu verhindern?

12. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um mit-
zuhelfen, den Grundsätzen der Beilage, nach denen
dort „umstrittene Themen aus kontroversen Positio-
nen diskutiert werden“, Geltung zu verschaffen?
13. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Treffen Meldungen (z. B. Neue Rhein-Zeitung vom
8. November 1983) zu, wonach im letzten Quartal
1983 das Technische Hilfswerk Nordrhein-Westfalen
die vorgesehenen Übungen von Helfern, die dort
statt in der Bundeswehr, Dienst leisten, wegen
Geldmangel nicht durchführen kann?
14. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Welche Ursache hat – falls die Meldungen zutref-
fen – diese Finanzierungslücke, und was hat die Bun-
desregierung veranlaßt, um den gesetzlichen Auftrag
des Technischen Hilfswerks zu verwirklichen?
15. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, sich finanziell an
den Vorbereitungen der Winterolympiade 1992 zu
beteiligen, falls das IOK sich für den Austragungs-
ort Berchtesgaden entscheidet, und ist in diesem Zu-
sammenhang ein weiterer Straßenausbau vorge-
sehen?
16. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung
aus der innenpolitischen Lage in Sri Lanka für die
Behandlung der Anträge tamilischer Asylbewerber
in der Bundesrepublik Deutschland ziehen oder
welche Konsequenzen hat sie gezogen?
17. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Gibt es eine unterschiedliche Praxis der Länder in
den Fällen, in denen Jugendliche es versäumen,
rechtzeitig vor Vollendung des 16. Lebensjahres
einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis oder Auf-
enthaltserlaubnis zu stellen, und welche Folgen
hat eine geringfügige Fristversäumnis?
18. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung eine einheitliche
Regelung für die Fälle zu treffen, in denen jugend-
liche Ausländer, die bereits längere Zeit in der Bun-
desrepublik Deutschland leben, den Antrag auf
Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder Auf-
enthaltserlaubnis nach Vollendung des 16.
Lebensjahres verspätet stellen?
19. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Sind der Bundesregierung die Umstände bekannt,
unter denen die Türkin Menci Tokul und ihre sechs
Kinder aus dem Landkreis Hannover am 12. No-
vember 1983 in die Türkei abgeschoben wurden,
und wurde dabei nach Meinung der Bundesregierung
in allen Phasen des Verfahrens nach rechtsstaat-
lichen Grundsätzen gehandelt?
20. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Vertreter der Bundesregierung
in der innerdeutschen Grenzkommission nicht mit
der gleichen Eindeutigkeit wie der Vertreter des
Landes Niedersachsen darauf bestehen, daß im
innerdeutschen Grenzabschnitt zwischen Schnackenburg
und Lauenburg die Grenzlinie zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der DDR nur am
Nordost-Ufer der Elbe in der Verbindung einer Linie
der Bühnenköpfe festgestellt werden kann, und
bekennt sich demgegenüber die Bundesregierung
eindeutig zu der vom Land Niedersachsen vertretenen
Rechtsauffassung in dieser Frage?

21. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Regierung der DDR auf die Karten in einem jetzt wieder aufgefundenen, seinerzeit von der DDR-Regierung genehmigten und mit der UdSSR-Militäradministration abgestimmten Schulatlas aus dem Jahre 1952 hingewiesen, in dem die innerdeutsche Zonengrenze im Elbe-Abschnitt ganz klar auf dem Nordostufer der Elbe eingezeichnet ist, und kann die DDR nach Auffassung der Bundesregierung im Hinblick auf diese Karten ihren Anspruch auf die Grenzlinie im sogenannten Talweg der Elbe (Strom-Mitte) überhaupt noch aufrechterhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

22. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes ein Verbot zum Betreten der Wälder einzuführen, und wenn ja, in welchem Umfang soll dieses Verbot gelten?
23. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung auf nationaler Ebene bei der Käfighaltung von Legehennen Korrekturen und Anpassungen mit dem Ziel vornehmen, ethische Bedenken gegen diese Haltungsform zu beseitigen, nachdem die deutsche Initiative in Brüssel für eine gemeinsame Lösung des Problems der Legehennenhaltung in Käfigen gescheitert ist?
24. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Volierenhaltung, und entsprechen Berichte den Tatsachen, daß diese Haltungsform unhygienisch und auch nicht tierschutzgerecht ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

25. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Stimmen die vom Arbeitgeberverband herausgegebenen Berechnungen für die Aufwendungen des Arbeitgebers beim Vorruhestandsgeld, wonach bei der 75 v. H.-Regelung abzüglich des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit bei einem angenommenen Durchschnittsverdienst von DM 42 140 pro Jahr, eine Nettobelastung für den Arbeitgeber von DM 25 260 pro Jahr und pro Arbeitnehmer verbleibt?
26. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sind Informationen zutreffend, nach denen arbeitslose Lehrer, wenn sie an Volkshochschulen tätig sind, das dort erzielte Einkommen in voller Höhe auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung angerechnet bekommen, wogegen beschäftigte Lehrer einen Freibetrag von DM 2 400 auf Nebeneinkommen aus Tätigkeit an Volkshochschulen erhalten?

27. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Wie viele Fälle aus den Jahren 1981 und 1982 sind der Bundesregierung bekannt, die gegen das Verbot der Kinderarbeit (§ 5 JArbSchG) verstoßen?
28. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen nach § 6 JArbSchG Ausnahmen von Aufsichtsbehörden erteilt bzw. abgelehnt wurden?
29. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeiten und Gefahren, die sich aus der Praxis einiger und den Planungen zahlreicher Firmen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Eignung von Beschäftigten für bestimmte Arbeitsplätze durch Analyse der in ihren Zellen enthaltenen genetischen Informationen zu überprüfen, ergeben, und würde sie die Einführung einer solchen Praxis durch Firmen in der Bundesrepublik Deutschland als gesetzlich zulässig ansehen?
30. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um für Arbeitnehmer, aber auch die Bevölkerung allgemein, den Schutz der in ihren Zellen enthaltenen genetischen Informationen zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie viele Soldaten sind neben ihrem Dienst in herausgehobener Funktion (Gemeindevertreter, Bürgervorsteher, Bürgermeister) kommunalpolitisch aktiv?
32. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Inwieweit ist sichergestellt, daß das begrüßenswerte ehrenamtliche Engagement nicht zu Benachteiligungen bei Beförderungen und beim Einsatz in anderer dienstlicher Verwendung führt?
33. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hält die Bundesregierung an der Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Wörner, am 24. Oktober 1983 vor dem Verteidigungsausschuß, der an diesem Tag öffentlich getagt hat, fest, daß „die Sowjetunion am Verhandlungstisch in Genf bisher keine konkreten Vorschläge unterbreitet hat“ und alle öffentlichen Angebote des sowjetischen Parteichefs Andropow Propagandaofferten sind?
34. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß kommunale Abgeordnete der Grünen auf Grund ihrer politischen Arbeit beruflichen Schwierigkeiten in der Bundeswehr ausgesetzt sind, und wenn ja, wie wird sie darauf reagieren?
35. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um für die Zukunft sicherzustellen, daß Benachteiligungen von Bundeswehrsoldaten wegen politischer Aktivitäten — zum Beispiel gegen die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles — außerhalb des Dienstes unterbleiben?

36. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Gilt das im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Artikel 5 verbrieft Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht mehr für Soldaten der Bundeswehr, die, wie im Falle des Hauptmann Carl Alfred Fechner, Kompaniechef in Immen-
dingen, der wegen seines Engagements gegen eine mögliche Aufstellung amerikanischer Mittelstrecken-
waffen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa bei voller Beachtung von § 10 Abs. 6 und § 17 Abs. 2 Satz 2 Soldatengesetz mit einer Diszi-
plinarmaßnahme (strenger Verweis) belegt wurde, mit Bestrafung rechnen müssen?
37. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie lassen sich die verhängte Disziplinarmaßnahme gegen Hauptmann Fechner und die Tatsache, daß über den Dienstweg vom Bataillon über die Kompa-
nien der Immeninger Kaserne eine Einladung des sogenannten Fellbacher Forums, mit dem offen-
sichtlichen Ziel sie weiterzugeben, verteilt wurde, mit § 15 Abs. 2 Satz 2 Soldatengesetz „Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politi-
sche Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet“ und mit § 15 Abs. 4 Solda-
tengesetz „ein Soldat darf als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen“ vereinbaren?
38. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Druck-
sache 10/216 vom 29. Juni 1983 „Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rü-
stungskontrolle sowie der Veränderung im mili-
täischen Kräfteverhältnis 1983“ einerseits unter „Intermediate Range Nuclear Forces“ (INF, Seite 5) die Modernisierung der Luftstreitkräfte durch Be-
ginn der Zuführung des Tornado und der F 16 auf-
geführt wird und daß andererseits im Weißbuch 1983 (Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutsch-
land, hrsg. Oktober 1983, Seite 80) unter dem Aspekt der Entwicklung bei nuklearfähigen Flug-
zeugen der NATO jeglicher Hinweis auf Tornado fehlt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung veranlaßt, in zwei wichtigen, von ihr zu vertretenen Dokumenten zu solch einer unterschiedlichen Ein-
schätzung zu kommen?
39. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, daß der Truppen-
übungsplatz Bergen/Hohne in Zukunft von der Deutschen Luftwaffe für die Ausbildung ihrer
Piloten an den neuen Kampfflugzeugen vom Typ Tornado besonders bei der Nachtflugausbildung
genutzt wird?
40. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Ist es technisch möglich, den Einsatz chemischer
Waffen nur gegen den Verletzer zu richten (siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Würzburg vom 10. November 1983), und wenn ja, wie?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

41. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Welche Bedeutung und welche Aufgaben soll nach
Auffassung der Bundesregierung der Beruf des Heil-
praktikers im pluralen Gesundheitswesen, insbe-
sondere nach der Stellungnahme des Bundesge-
sundheitsrates, haben?

- | | |
|---|---|
| 42. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) | Welche Anforderungen stellt die Bundesregierung an die zukünftige Ausbildung der Heilpraktiker? |
| 43. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | In welcher Weise will die Bundesregierung die Tätigkeit von Zivildienstleistenden in den „sozialen Bereichen des Sports“ in Zukunft ermöglichen, und hat die Bundesregierung die Absicht, Änderungen an der bisherigen positiven Praxis des Bundesbeauftragten für den Zivildienst vorzunehmen? |
| 44. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß über die derzeitigen Möglichkeiten hinaus der Einsatz von Zivildienstleistenden in den „sozialen Bereichen des Sports“ weiterentwickelt werden muß, und welche zahlenmäßige Vorstellung hat die Bundesregierung gegebenenfalls dazu? |
| 45. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) | Hat die Bundesprüfstelle von der Firma EURO-VIDEO verlegte Videofilme, wie z. B. den Film „Menschenfresser“, auf die Verbotsliste gesetzt? |
| 46. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Welche Forderungen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß nach der Bundesstatistik für das Jahr 1982 die Zahl der statistisch gemeldeten Abtreibungen mit 91 064 angegeben ist, während bei den Krankenkassen im gleichen Zeitraum etwa 200 000 Abtreibungen abgerechnet wurden? |
| 47. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung die von der Kassenärztlichen Vereinigung abgerechneten Abtreibungsfälle – soweit diese dem Statistischen Bundesamt nicht gemeldet werden – für solche, die man als Dunkelziffer bezeichnen könnte? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|--|--|
| 48. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Wird die Bundesregierung auch über 1985 hinaus Aufträge an die Waggon-Union vergeben, wie es ein Berliner CDU-Politiker vor einigen Tagen gefordert hat? |
| 49. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Wieviele Arbeitsplätze können wie lange dadurch bei der Waggon-Union gesichert werden? |
| 50. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Ausflagging deutscher Handelsschiffe mittlerweile beängstigende Formen angenommen hat? |
| 51. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) | Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung eine weitere Ausflagging verhindern? |
| 52. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) | Wie gedenkt die Bundesregierung den tideunabhängigen Schiffsverkehr zwischen Norddeich und Norderney auf Dauer sicherzustellen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung von Fachleuten, daß die bisher übliche Baggerung wegen der seit |

- vielen Jahren beobachteten Sandeintreibung von Westen her keine dauerhafte und somit wirtschaftliche Lösung darstellt, sondern nur die Verlängerung der Leitdämme in Frage komme?
53. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, der Stadt Norderney die Kosten zu ersetzen, die durch eine in einer Not-situation vorgenommenen Baggerung entstanden sind, da die Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Seeschiffahrtsstraße alleinige Aufgabe des Bundes ist?
54. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die fünf Auto-modelle, die nach dem Jahresbericht 1982 des Um-weltbundesamts bereits die Abgasschadstoffgrenz-werte erfüllen, die 1981 vom Umweltbundesamt vorgeschlagen wurden, auch die nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 26. Oktober 1983 vorge-sehenen Grenzwerte für Neuwagen ab dem 1. Juni 1986 erfüllen, und trifft es zu, daß das Bundesver-kehrsministerium — wie in der Sendung Quintes-senz im WDR 2 am 4. November 1983 berichtet — die Bekanntgabe dieser umweltfreundlichen Autos verweigert?
55. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die deutsche Autoindustrie — wie in der Sendung Quintessenz im WDR 2 am 4. No-vember 1983 berichtet — ihre frühere Zusage wider-rufen hat, freiwillig die Menge der Autoabgasschad-stoffe bei den einzelnen Autotypen ebenso wie den Kraftstoffverbrauch zu veröffentlichen, und ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Regelungen vor-zuschlagen, um die Autoindustrie zu solchen Anga-ben zu verpflichten?
56. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) In welchem Maß steigen die Schadstoffemissionen bei Kraftfahrzeugen im Durchschnitt an: zwischen 80 und 100 Stundenkilometern, zwischen 100 und 130 Stundenkilometern und zwischen 130 und 180 Stundenkilometern?
57. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung auf Grund dieser Er-kenntnisse eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge auf Autobahnen und Bundesstra-ßen?
58. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie hoch wäre der jährliche Betrag, der eingespart werden könnte, wenn durch die Deutsche Bundes-bahn nicht der Sackbahnhof Wiesbaden, sondern der Durchgangsbahnhof Mainz im IC-Verkehr be-nutzt werden würde?
59. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wieviel Zeitgewinn hätten die IC-Züge zwischen Frankfurt/Main und Koblenz, wenn statt über Wiesbaden über Mainz gefahren würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

60. Abgeordnete
Frau Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Trifft die Vermutung zu, daß sich in dem Bericht der „Beraterkommission für die öffentlich geför-derte Großforschung auf dem Gebiet der Biotechno-logie“ unter den dort auf Seite 3 genannten Kom-missionsmitgliedern kein Experte auf dem Gebiet der pflanzlichen Zellkulturen befindet, und hat die

Bundesregierung zu diesem Gebiet Neben- oder Untergutachten an in Frage kommende Experten vergeben, wie z. B. Professor Barz, Universität Münster; Professor Hahlbrock, Köln; Professor Reinhard, Tübingen; Professor Zenk, München?

61. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Wie kann die Bundesregierung ausschließen, daß bei nichtgenannten Gutachtern Interessen-Kollisionen vorliegen?
62. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Institut für organische Chemie der Universität Tübingen die Professoren Baier und Kutubuddin ein Patent entwickelt haben, um Öl aus Klärschlamm bzw. Müll herzustellen, und dieses Patent für eigene Rechnung an die Voest-Alpine in Österreich verkauft haben, obwohl Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland an der Verwertung dieses Patents interessiert waren, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um künftig derartige Privatgeschäfte zu verhindern?
63. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Welchen ungefähren Personal- und Sachaufwand hat diese Anfrage verursacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

64. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Treffen Informationen der Süddeutschen Zeitung vom 9. November 1983 zu, daß Indien an einer Rahmenvereinbarung über Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert ist, und daß diese Frage bereits mit Vertretern des Auswärtigen Amtes erörtert worden ist?
65. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über menschenrechtsverletzende Verfolgungen und Übergriffe gegen die tamilische Bevölkerung Sri Lankas durch staatliche Sicherheitskräfte bzw. durch andere, staatlich unterstützte oder geduldete Kräfte?
66. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Auf welche Indikatoren im einzelnen stützte sich der Herr Bundeskanzler, als er vor der Bonner Presse feststellte: „Alle Indikatoren weisen darauf hin, daß das Leben weitergeht“?
67. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Volksrepublik Polen seit 1945 betriebene Entnationalisierungspolitik gegenüber den Deutschen auch weiterhin anhält, und inwieweit ist sie bereit, entsprechend ihrer Obhutspflicht und unter Berufung auf die UN-Menschenrechtspakte und die KSZE-Schlußakte tätig zu werden?
68. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Polizei in Jugoslawien von deutschen Fernfahrern rechtswidrig Bußgelder wegen einer wahrheitswidrig behaupteten Übertretung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in beachtlicher Höhe verlangt und im Falle der Zahlungsweigerung Polizeibeamte Fernfahrer schwer mißhandeln, den Paß einziehen und sie einkerkern?

69. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Verhinderung solcher Vorfälle ergriffen bzw. gedenkt sie zu ergreifen, und welche Verhaltensweisen kann die Bundesregierung den Fernfahrern zum Schutz vor oder bei Mißhandlungen anraten?
70. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Schutzpflicht für die Grund- und Menschenrechte Deutscher auf dem Wege über die deutsche Botschaft in Warschau erkunden oder prüfen lassen, ob es zutrifft, daß Anträge deutscher Staatsangehöriger im Bezirk Oppeln auf Unterricht in der deutschen Muttersprache — trotz Finanzierung durch die Deutschen selbst — abgelehnt wurden (Die Welt vom 11. November 1983), und wenn ja, wird sie vom polnischen Vertragspartner mit Nachdruck die Einhaltung der Rechtsverpflichtungen nach Artikel 27 des Politischen Menschenrechtspaktes der UN gegenüber Deutschen einfordern?
71. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Verhaftung des Vorsitzenden des Vereinigten Afrikanischen Nationalrates Simbabwe, Bischof Abel Muzorewa, auf Anordnung des Premierministers Robert Mugabe?
72. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Welche unterschiedlichen juristischen Wirkungen bestehen für Staaten, die das Genfer Protokoll von 1925 mit einem Einsatzzurückbehalt ratifiziert haben, und für die, die diesen Vorbehalt nicht eingelegt haben?
73. Abgeordneter
Egert
(SPD) Würde die Aussage der Bundesregierung, daß sie bei vorheriger Konsultation durch die Regierung der USA einer Invasion auf Grenada nicht zugestimmt hätte, auch für eine mögliche Invasion nach oder einen bewaffneten Angriff auf Nicaragua zutreffen, und erwartet die Bundesregierung, daß unser Bündnispartner USA sie gegebenenfalls vorher konsultieren oder informieren wird?
74. Abgeordneter
Egert
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Konzentration guatemalteckischer und honduranischer Militärverbände an den Grenzen zu El Salvador, und wie würde sich ihrer Meinung nach bei einem möglichen Einmarsch dieser Truppen nach El Salvador die damit erfolgte Internationalisierung des El-Salvador-Konfliktes auf die Befriedungsaussichten für den Krisenherd Zentralamerika auswirken?
75. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den USA derzeit chemische Kampfstoffe vernichtet werden, und wird die Bundesregierung darauf drängen, daß dies auch bei den auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Kampfstoffen geschieht?
76. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Warum kam das Genfer Protokoll von 1925 über die Ächtung von chemischen Waffen zustande, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, ähnliche Abkommen für Atomwaffen herbeizuführen?

77. Abgeordnete
Frau
Potthast
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung verschiedener Menschenrechtsorganisationen, daß die Menschenrechte des kurdischen Volkes in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien durch die Aufteilung der kurdischen Siedlungsgebiete an diese Staaten, durch eine Politik der Zwangsumsiedlung, durch das Verbot des Gebrauchs der kurdischen Sprache, durch Mißhandlungen, politische Haft, Folter und Ermordung tausender Kurdinnen und Kurden kontinuierlich bis heute verletzt werden?
78. Abgeordnete
Frau
Potthast
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Amnestien für irakische Kurden vom Auswärtigen Amt in der Vergangenheit wiederholt als Indiz für ein Ende der Verfolgungsmaßnahmen angeführt wurden, während nach den Feststellungen von Menschenrechtsorganisationen auch nach der letzten Amnestie vom 16. Juli 1982 im Irak noch Kurden (Mitglieder von kurdischen Organisationen im Irak) verhaftet, gefoltert, von Militärgerichten (z. B. in Kirkuk) abgeurteilt und hingerichtet wurden, und wie erklärt sich die Bundesregierung derartige Widersprüche zwischen deutschen amtlichen Stellungnahmen zur Kurdenfrage und dem Gutachten namhafter Menschenrechtsorganisationen — wie z. B. amnesty international —, welche in Asylverfahren oft Grundlage für die Entscheidung über politische Verfolgung von Angehörigen des kurdischen Volkes bilden?

Bonn, den 18. November 1983

